

heit der Partei beigetragen\* Daher müssen die Parteikontrollkommissionen diese Tätigkeit auch in Zukunft fortsetzen, da die Korrektur nicht gerechtfertigter Ausschlüsse, zum Beispiel von Arbeitern, das Verhältnis zwischen Partei und Arbeiterklasse festigt. Es ist daher nötig, daß die Kfeis- und Bezirksleitungen dieser Frage mehr Aufmerksamkeit als bisher widmen.

So wertvoll diese Tätigkeit der Parteikontrollkommissionen für die Partei jedoch ist, so darf man nicht übersehen, daß die Hauptaufgabe der Parteikontrollkommissionen darin besteht, den Kampf gegen feindliche Umtriebe in der Partei zu führen. Die gegenwärtige Situation hat das erneut bestätigt.

In dem auf Vorschlag des Genossen Matern vom Politbüro zu dieser Frage angenommenen Beschluß heißt es, daß die Parteikontrollkommissionen ihre Hauptaufmerksamkeit auf den Schutz und die Festigung der Einheit und Reinheit der Partei zu richten haben. Den Parteikontrollkommissionen obliegt es, Parteiverfahren gegen solche Parteimitglieder durchzuführen, die feindliche Auffassungen in die Partei hineintragen, führende Genossen der Partei verleumden, eine fraktionelle Tätigkeit entfalten, die Durchführung der Parteibeschlüsse sabotieren und dadurch versuchen, die Einheit der Partei zu untergraben. Desgleichen führen sie Parteiverfahren durch, wenn in den Parteiorganisationen oder -leitungen Erscheinungen von moralischer Versumpfung die Einheit und Reinheit der Partei gefährden. Durch die Erfüllung dieser Aufgabe darf jedoch die sorgfältige Behandlung von Einapi'üchen gegen Parteiausschlüsse und Parteistrafen auch aus den vergangenen Jahren nicht vernachlässigt werden.

Die auf dem 29. Plenum beschlossenen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit des friedlichen Aufbauwerkes unserer Bevölkerung haben in der Berichtsperiode ihre weitere Entwicklung erfahren. Angesichts der fortgesetzten Drohungen und Provokationen militärischer Kreise gab Genosse Otto Grotewohl in der Volkskammer, unter Zustimmung aller Fraktionen, die Erklärung ab, daß die reaktionären Kräfte in Westdeutschland und in der Welt nicht glauben dürfen, daß wir auf fortgesetzte Drohungen nur mit Abrüstungsvorschlägen antworten. Die Regierung stellt eindeutig .